

Stand: 05.03.2026 19:00:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21595

"Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21595 vom 08.03.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23105 des BV vom 17.05.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23270 vom 22.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund, insbesondere durch den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Regulierung von privaten Neubauten nicht wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigt auf den KfW-EH 40-Standard verschärft wird, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

Begründung:

Es besteht schon aktuell eine Knappheit an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere in stark nachgefragten Wohnlagen. Mehr Neubauten sind daher dringend notwendig, um die steigende Nachfrage zu bedienen und den Preisanstieg für Wohnraum zumindest zu dämpfen. Außerdem sind in letzter Zeit die Preise für Baustoffe stark gestiegen, was die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum durch private Investoren noch zusätzlich unattraktiver macht. Eine weitere Belastung privater Bauherren durch eine stärkere Regulierung von Neubauten durch schärfere Vorschriften zur Energieeffizienz ist daher als Investitionshindernis anzusehen und deshalb abzulehnen. Selbst wenn von einem weiteren Anstieg der Energiepreise ausgegangen wird, führen zusätzliche regulatorische Anforderungen für Neubauten erwartbar zu einer deutlichen Verschlechterung der Lebenssituation für Personen, die dringend auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Aus den genannten Gründen sollte die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene enthaltene Angleichung der Neubau-Standards im Gebäudeenergiegesetz an den KfW-EH 40 zum 01.01.2025 aus bayerischer Sicht nicht umgesetzt werden, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und

wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß u.a. CSU
Drs. 18/21595**

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Hans Friedl**
Mitberichterstatter: **Sebastian Körber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 17. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungZustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Walter Nussel, Thomas Huber, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Andreas Schalk, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Drs. 18/21595, 18/23105

Wohnungsneubau nicht durch übermäßige Regulierungen des Bundes einschränken

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund, insbesondere durch den Bundesrat, dafür einzusetzen, dass die Regulierung von privaten Neubauten nicht wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigt auf den KfW-EH 40-Standard verschärft wird, wenn vom Bund nicht nachgewiesen wird, dass die Anforderungen technisch sinnvoll umzusetzen sind und wirtschaftlich bleiben, sie die Errichtung von dringend benötigtem neuen Wohnraum nicht behindern und nicht zu Mietsteigerungen führen, die insbesondere von sozial schwächeren Haushalten nicht mehr getragen werden könnten.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.“
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau –
Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.